

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD**Bessere Lehrkräfteversorgung durch ein duales Lehramtsstudium!**

Der bundesweite Lehrkräftemangel stellt eine große Belastung für Schulen und Lehrkräfte dar. Auch in Bremen fehlen bereits jetzt viele Lehrkräfte und bis 2030/2031 müssen laut Prognosen über 3 000 neue Lehrkräfte eingestellt werden. Das ist eine große Herausforderung. Es ist das Ziel der Koalition, ausreichend und gut ausgebildete Lehrkräfte für unser Land zu gewinnen, um möglichst lückenlos eine gute Unterrichtsqualität zu gewährleisten. Unsere Schüler:innen verdienen das.

Längst hat bundesweit ein Wettbewerb um Fachkräfte begonnen. Um mehr Lehrkräfte zu akquirieren, braucht es deswegen besonders attraktive Angebote – auch gerade hinsichtlich der vielen anderen interessanten Studienmöglichkeiten. Dafür müssen verschiedene und vielleicht bisher unkonventionelle Wege gegangen werden – wie die Einrichtung eines dualen Lehramtsstudiums. Ein Angebot an praxisorientierten und dualen Studiengängen im Bereich Lehramt gibt es bereits in anderen Bundesländern: In Flensburg kann man zum Beispiel Sonderpädagogik im dualen Studiengang Master of Education studieren. Auch die Kultusminister:innenkonferenz (KMK) hat im März 2024 beschlossen, künftig auch duale Lehramtsstudiengänge mit integriertem Referendariat und Quereinstiegs-Masterstudiengänge zu ermöglichen.

Ein duales Lehramtsstudium bietet einige Vorteile. So ist es den Studierenden möglich, bereits während ihres Studiums eng mit Studieninhalten abgestimmte zusätzliche Praxiserfahrung zu sammeln und eine engere Verknüpfung des Referendariats mit dem Studium zu ermöglichen.

Die Studierenden würden bereits während ihres Studiums ein Gehalt verdienen. So könnten auch Studierende aus Elternhäusern mit weniger Geld für die Aufnahme eines Lehramtsstudiums gewonnen werden. Insbesondere könnten so aber Studierende angesprochen werden, die bereits über einen erfolgreich abgeschlossenen, nicht auf das Lehramt bezogenen Bachelor und anschließende Berufserfahrung verfügen, noch

einmal den Schritt in ein Ausbildungsverhältnis zu machen. Es könnten also auch andere Zielgruppen für die Ausbildung als Lehrkraft geworben werden, welche durch das bestehende Angebot bisher nicht erreicht werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. gemeinsam mit der Universität Bremen, dem Landesinstitut für Schule, dem Magistrat der Stadt Bremerhaven sowie Vertreter:innen aus der schulischen Praxis und weiteren relevanten Akteur:innen zeitnah zu prüfen, in welcher Form und in welchem Umfang ein duales Studium Lehramt, welches Masterstudium und Referendariat verbindet, im Land Bremen eingeführt, finanziert und zeitnah umgesetzt werden kann;
2. hierbei Best-Practice-Ansätze und Erfahrungen aus anderen Bundesländern einzubeziehen und sicherzustellen, dass die sich derzeit in Erarbeitung befindlichen Beschlüsse der KMK zum dualen Studium berücksichtigt werden, um den Bremer Absolvent:innen die bundesweite Mobilität zu garantieren;
3. insbesondere zu prüfen, inwiefern in einem ersten Schritt ein Modellversuch angestoßen und so gestaltet werden kann, dass er auch Bachelor-Absolvent:innen aus einem Studium ohne Lehramtsbezug anspricht, einen Quereinstieg in den Schuldienst vorzunehmen. Hierbei sind einerseits die Mangelfächer in den Blick zu nehmen (MINT [Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik], Musik) andererseits ist auch ein duales Studium Inklusiv Pädagogik für Absolvent:innen der Sozialen Arbeit, Sozialpädagogik oder verwandter Fächer zu ermöglichen;
4. dabei auch darzulegen, wie ein derartiger Modellversuch wissenschaftlich begleitet werden kann, um gegebenenfalls über eine Ausweitung auf andere Fächer oder Lehramtsangebote entscheiden zu können;
5. innerhalb von sechs Monaten nach Beschlussfassung dem Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz, Informationsfreiheit und Digitalisierung sowie der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung zu berichten.

Dr. Franziska Tell, Dr. Henrike Müller und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Miriam Strunge, Tim Sültenfuß, Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE

Falko Bries, Janina Strelow, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD